



DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
SONDERHEFT 147 · 1992

Christian Siebert und Eirik Svindland

**Nationalstaat und Interdependenz —
kooperative Interaktionsmuster in der EG-Handelspolitik**

Ergebnisse eines Forschungsprojekts des
Instituts für Europäische Politik und des
Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

DUNCKER & HUMBLOT · BERLIN

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

SONDERHEFT 147 · 1992

Christian Siebert und Eirik Svindland

**Nationalstaat und Interdependenz —
kooperative Interaktionsmuster in der EG-Handelspolitik**

Ergebnisse eines Forschungsprojekts des
Instituts für Europäische Politik und des
Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

im Schwerpunktprogramm der DFG „Die Interdependenzproblematik
im gegenwärtigen internationalen System als Aufgabe internationaler
und innerstaatlicher Politik: Die Bundesrepublik Deutschland
im Verflechtungssystem der westlichen Industrienationen“

Projektverantwortung:
Dr. Fritz Franzmeyer (DIW)
Dr. Wolfgang Wessels (IEP)



DUNCKER & HUMBLLOT · BERLIN

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00
Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Alle Rechte vorbehalten
Druck: 1992 bei ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26
Printed in Germany
ISBN 3-428-07380-0

INHALT

	Seite
1	Untersuchungsrahmen 6
1.1	Einleitung 6
1.2	Interdependenz 9
1.3	Interaktion, Verflechtung und Betroffenheit 18
1.4	Interaktionsmodell 21
1.5	Leitfrage und Arbeitshypothesen 26
1.6	Vorgehensweise 33
2	Objektive Betroffenheit:
	Statistische Grundlagen der Fallstudien 35
2.1	Einleitung 35
2.2	Daten 36
2.3	Auswahlkriterien 43
2.4	Extremfälle 49
2.4.1	Bemerkenswert gleichbleibende Eigenversorgung 49
2.4.2	Bemerkenswerte Entwicklung der Differenz zwischen Ein- und Ausfuhr 63
2.4.3	Bemerkenswerte Importpenetration 85
2.5	Wahl der Fallstudien 110

3	Außenhandelspolitik der Bundesrepublik Deutschland in der EG gegenüber den OECD-Staaten: Kompetenzen, Instrumente, beteiligte Akteure und Verfahrensregeln	115
3.1	Verteilung außenhandelspolitischer Kompetenzen zwischen nationaler und EG-Ebene im Überblick	116
3.2	Handelspolitische Instrumente der EG	123
3.3	Akteure	136
3.4	Verfahrensregeln	145
3.5	Zwischenbilanz	153
4	Einsatz handelspolitischer Instrumente und ordnungspolitische Leitbilder	157
4.1	Einleitung	157
4.2	Einsatz handelspolitischer Instrumente	158
4.3	Handelspolitische Leitbilder	171
5	Fallstudien zur Nutzung von Interaktionssträngen	183
5.1	Einleitung	183
5.2	Ausgangslage: Betroffenheit	185
5.3	Mögliche Interaktionsstränge der betroffenen Verbände	191

5.4	Zur Wahl der Interaktionsstränge von Industrieverbänden	193
5.5	Interaktionsmuster von Verbänden des Handels	211

		Seite
6	Ergebnis	220
6.1	Schlußfolgerungen in bezug auf die Arbeitshypothesen	220
6.2	Schlußfolgerungen in bezug auf das Interaktionsmodell	227
6.3	Handelspolitische Interaktionsmuster in der EG: Reaktion der Akteure auf das Vorliegen von Interdependenz	229

Anhänge

A.1	Liste wichtiger Abkürzungen	232
A.2	Literaturverzeichnis	234
A.3	Verzeichnis wichtiger Dokumente	241
A.4	Frageleitfaden (Kurzfassung)	242
A.5	Liste der Expertengespräche	246
A.6	Zum technisch-organisatorischen Ablauf der Projektbearbeitung	249

1 Untersuchungsrahmen

1.1 Einleitung

Der vorliegende Bericht bildet den Abschluß eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projekts, das im Rahmen des DFG-Schwerpunktprogramms "Interdependenzproblematik im gegenwärtigen internationalen System" entwickelt wurde. Ausgangspunkt des Projekts sind diejenigen Interdependenzen in der Handelspolitik der EG, die auf dem grenzüberschreitenden Warenverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den übrigen OECD-Ländern beruhen.

Die Volkswirtschaften der westlichen Industrieländer sind in erheblichem Maße über Leistungs- und Kapitalströme miteinander verzahnt. Im Bereich des Handels zwischen Industrieländern wird die intra-industrielle Arbeitsteilung immer wichtiger. Für die wirtschaftliche Entwicklung jedes Landes ist der Außenhandel deshalb ein wichtiger Einflußfaktor, und die internationale Wettbewerbsfähigkeit ist ein zentrales unternehmens- wie wirtschaftspolitisches Ziel. Zu der Internationalisierung des Wirtschaftsprozesses hat die Öffnung der nationalen Märkte im Rahmen der EG-Integration und des weltweiten Abbaus von Zöllen beigetragen. Untersuchungen zum internationalen Handel zeigen indes, daß in den letzten Jahren die Bedeutung nicht-tarifärer Handelsbeschränkungen zugenommen hat. Technische Handelsschranken, Selbstbeschränkungsabkommen, bilaterale Handelsverträge, Anti-Dumping-Verfahren und eine protektionistischere Handelsgesetzgebung bilden das Arsenal zum Schutz

heimischer Märkte vor (zu starker) Auslandskonkurrenz, und in der Handelspolitik der westlichen Industrieländer wird davon - in unterschiedlichem Maß - auch Gebrauch gemacht, obwohl dies in gewissem Widerspruch zu dem meist artikulierten Credo für ein liberales Weltwirtschaftssystem steht.

Damit ist die Frage aufgeworfen, unter welchen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen handelspolitische Aktionen/Reaktionen an die Stelle einer internen Anpassung treten. Von besonderem Interesse ist dabei, welche Wege der Einflußnahme die Betroffenen und Beteiligten beschreiten. Die Untersuchung dieser Fragen muß vor dem Hintergrund der gegebenen nationalen und internationalen institutionellen Strukturen geschehen und setzt ein interdisziplinäres Vorgehen voraus.

Das primäre Ziel der vorliegenden Arbeit ist es also, Aufschluß über die Interaktionsmuster beteiligter Akteure aus der Bundesrepublik Deutschland zu gewinnen, mit denen sie auf Interdependenzen im OECD-Rahmen reagieren. Zur Informationssammlung wurden Fallstudien zu handelspolitischen Problembereichen durchgeführt. Das Augenmerk liegt auf den Einfluß-, Anpassungs- und Gegenstrategien, die die Akteure aufgrund von Änderungen im Außenhandel auf deutscher, EG- und OECD-Ebene entfalten. Insbesondere wird untersucht, welche Strategien sich auf die Nutzung des handelspolitischen Instrumentariums (z.B. Anti-Dumping-Regelung) der EG beziehen, da dies in unmittelbarem Zusammenhang mit der Fragestellung der Studie steht und auch empirisch vergleichsweise gut überprüft werden kann. Es wird dabei auch untersucht, ob die Entscheidungsverfahren de jure und de facto in der

nationalen (hier deutschen) Handlungsautonomie verblieben sind, oder - anders formuliert - ob und inwieweit der reale Handlungsspielraum der Bundesrepublik in der Handelspolitik eingeschränkt ist.

Damit will die Studie einen Beitrag zur Erforschung von Auswirkungen gegebener Interdependenz auf ein politisches System (s. DFG, 1984, Forschungsdesiderata, S. 12 f.) liefern. Eine solche Untersuchung muß wegen der großen Zahl der beteiligten unterschiedlichen Akteure (staatliche Akteure, Unternehmen, Verbände) zwangsläufig mehrschichtig sein (s. ebda).

Die vorliegende Analyse der Auswirkungen von Interdependenz auf Interaktionsmuster beteiligter Akteure sollte aus Sicht der Autoren nicht als Alternative zu ökonomischen oder politikwissenschaftlichen Analysen aufgefaßt werden, sondern als eine ergänzende Betrachtungsweise, deren Ansatz darin liegt, typisch ökonomische und typisch politikwissenschaftliche Vorgehensweisen zu verbinden. Kennzeichen der Kombination beider Perspektiven in der Studie ist es, daß aufgrund einer Außenhandelsanalyse mögliche handelspolitische Problemfelder identifiziert werden, ein politikwissenschaftliches Modell für die Interaktionen beteiligter Akteure formuliert und dieses am Fallbeispiel der Problemfelder empirisch überprüft wird.

Der wesentliche Unterschied zur üblichen ökonomischen Analyse von Handelsbeziehungen besteht darin, daß die Aufmerksamkeit sich nicht hauptsächlich auf das mengenmäßige Ergebnis (im Außenhandel) und dessen ökonomische Bestimmungsgrößen richtet. Im Blickfeld stehen vielmehr die institutionellen Wege der Einflußnahme auf politisch